



## Protokoll des Jugendhilfeausschusses vom 25.04.2024

---

Vorsitz: Sahhanim Görgü-Philipp  
Ort: Kwadrat Werkstatt Bremen  
Zeit: 17.30 Uhr bis 18.40 Uhr  
Protokoll: Nicole Weiß und Melisa Marx

Stimmberechtigte Teilnehmer/-innen

<b>Mitglied</b>		<b>Stellv. Mitglied</b>	
Tek, Hetav	<input checked="" type="checkbox"/>	Kaya, Yunas	<input type="checkbox"/>
Zeimke, Simon	<input type="checkbox"/>	Averwenser, Yvonne	<input type="checkbox"/>
Tunc, Eyfer	<input checked="" type="checkbox"/>	Eckardt, Kerstin	<input type="checkbox"/>
Arpaz, Selin	<input type="checkbox"/>	Bries, Falko	<input type="checkbox"/>
Kähler, Katharina	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Kretschmann, Heike	<input checked="" type="checkbox"/>	Yildiz, Medine	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. Tell, Franziska	<input type="checkbox"/>
Hassanpour, Dariush	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuncel, Cindi	<input type="checkbox"/>
Ziegler, Gerd	<input checked="" type="checkbox"/>	Dahnken, Sara	<input type="checkbox"/>
Krümpfer, Larissa	<input type="checkbox"/>	Kastens, Christina	<input checked="" type="checkbox"/>
Harjes, Sandra	<input checked="" type="checkbox"/>	Witte, Gabriele	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	<input checked="" type="checkbox"/>	Merkel, Monica	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input checked="" type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Himmelskamp, Laura	<input type="checkbox"/>	Geupel, Gesine	<input checked="" type="checkbox"/>

## Tagesordnungspunkt 1

### **Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

## Tagesordnungspunkt 2

### **Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles**

Anne Dwertmann informiert über die Stellungnahme „Die Gesellschafter der Jugendbildungsstätte LidiceHaus und des ServiceBureaus Jugendinformation schlagen Alarm!“. Die Stellungnahme ist dem Protokoll angehängt.

#### AG Schlanke Prozess

Dr. Carsten Schlepper berichtet von der AG „schlanke Prozesse“. Es wurden verschiedene Lösungsansätze beraten, allerdings gibt es aus Sicht der Träger kein Vorankommen, da die erarbeiteten Lösungsansätze nicht zum Sommer umgesetzt werden können. Im Sommer beginnt das nächste Kita-Jahr, in dem erneut Kinder mit Förderbedarfen in die Kindertagesbetreuung kommen und die dann wieder lange auf die Bescheide warten müssen, so dass keine Förderung stattfinden kann und die pädagogischen Fachkräfte die Bedarfe in der Kita auffangen müssen. Des Weiteren haben die Träger keine Planungssicherheit und somit vergeht teilweise dann erneut viel Zeit bis das Personal zur Förderung zur Verfügung steht.

Die Lösungsansätze sahen entweder den vorzeitigen Maßnahmebeginn bei Antragsstellung oder aber systemische Assistenzen vor. Es gab die Hoffnung, dass zumindest im Übergang die Möglichkeit des vorzeitigen Maßnahmebeginn zu nutzen sei.

Rolf Diener weist zunächst auf ersten Erfolge hin, wie beispielsweise die monatlichen Abschlagszahlungen, die Vereinfachung der Bearbeitung von Folgeanträgen sowie die Aufarbeitung von Rückständen und somit die Sicherstellung einer zügigeren Bearbeitung im Jugendamt. Die Ablaufprozesse werden momentan in der engen Verzahnung der drei Ressorts SASJI, SGFV und SKB beschrieben und optimiert mit dem Ziel, auch die Zeit zwischen der Feststellung eines Förderbedarfs und der Umsetzung zu reduzieren.

Thomas Jablonski ergänzt, dass der Weg zur systemischen Assistenz als sinnvoll erachtet wird und die Erfahrungen im schulischen Bereich genutzt werden sollen, um Modellprojekte für den Kita-Bereich vorzubereiten.

Dr. Carsten Schlepper möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Kinder mit Förderbedarfen zwei Rechtsansprüche haben. Zum einen der Anspruch auf einen Kindergartenplatz und zum anderen den Anspruch auf die Assistenzleistungen. Bei allen Trägern wird ein deutlicher Anstieg von Kindern mit einem Anspruch auf persönliche Assistenz vermerkt.

Wenn diese Kinder nicht unmittelbar eine Assistenz erhalten, bedeutet dies entweder, dass die Kinder keine Betreuung erhalten können oder dass das pädagogische Gruppenpersonal Zeit von der gesamten Gruppenbetreuung abstellen muss.

Die BEK sieht für Persönliche Assistenzen kein Personalproblem – es gäbe einen Pool an Personen, die bereit seien, als Assistenzen eingesetzt zu werden. Mit einem entsprechenden Vorlauf – wenn man den vorzeitigen Maßnahmebeginn für das Jahr 2024/2025

entscheiden würde - könnten diese Bereitschaften genutzt werden, weshalb nach wie vor die Übergangslösung im Sinne der Kinder angestrebt werden sollte.

Nikolai Goldschmidt wirft die Frage nach den Gründen für die steigenden Zahlen auf. Rolf Diener teilt diese Frage, die auch auf bundesweiter Ebene nach Erklärung strebt. Hier betont er, dass mit den systemischen Lösungen diesen Bedarfen begegnet werden muss. Thomas Jablonski ergänzt, dass auch der Gesundheitsbereich für diese Fragestellung hinzugezogen werden sollte, um die Frage gut beantworten zu können.

Herr Jablonski weist auf die enge Abstimmung zwischen den Ressorts Gesundheit, Soziales und Kinder/Bildung hin und regt an, im Ausschuss sowohl über die Fragen der medizinisch-pädagogischen Bewertung, wie auch Prozessfragen zu berichten und zu beraten.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Hetav Tek, Nikolai Goldschmidt, Rolf Diener, Thomas Jablonski, Dr. Carsten Schlepper

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.03.2024**

Das Protokoll der Sitzung vom 08.03.2024 wird genehmigt.

Hetav Tek bittet um Ergänzung des Protokolls auf Seite 3 um folgenden Passus:  
„Hetav Tek wünscht sich für zukünftige Anerkennungen die Einreichung aller Unterlagen, sowie die Option eines Nicht-Öffentlichen Teils der Sitzung um beraten zu können. Zudem äußert Frau Tek den Wunsch bei Bedarf die Anerkennung bei der darauffolgenden Sitzung abzustimmen.“

Zudem wurde ihre Anfrage bzgl. des Hintergrunds der Klage auf Seite 5 noch nicht beantwortet. Thomas Jablonski wird hierzu eine E-Mail versenden.

Katharina Kähler bittet auch um eine Ergänzung auf Seite 3, dass die Koalition mit dem aktuellen Verfahren vollumfänglich zufrieden und keinen Bedarf an einer Veränderung sieht.

Die Protokolle werden ergänzt und dem Protokoll vom 25.04.24 beifügt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Hetav Tek, Katharina Kähler

#### Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 08.03.2024 wird genehmigt.

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

### **Tagesordnungspunkt 4**

#### **Evaluation der präventiven Mikroprojekte JuWe in der Stadtgemeinde Bremen**

Der TOP wird vertagt.

## Tagesordnungspunkt 5

### **Anpassung der Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und in der Stadtgemeinde Bremen**

Auf eine Einführung wurde verzichtet.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## Tagesordnungspunkt 6

### **Stellungnahme zur Veränderung der Finanzierungsgrundlage von IHTE/ IH Maßnahmen**

Christina Kastens führt in die Vorlage ein.

Rolf Diener kann die Bedenken nachvollziehen und berichtet von einem engen Austausch mit SKB. Geplant ist für das nächste Jahr eine schlanke Lösung mit einem verkürzten Hilfeplanverfahren für die laufenden Fälle, so dass eine nahtlose Weiterführung ermöglicht wird. Die jetzige Lösung ist eine Übergangslösung, um eine Weiterführung der Maßnahme nicht zu gefährden. Zudem soll dadurch Zeit gewonnen werden, um das Verfahren gemeinsam mit SKB anders aufzustellen.

Sandra Harjes weist des Weiteren daraufhin, dass eine auskömmliche Finanzierung für die aktuell gearbeiteten Fachstandards für beide Maßnahmen notwendig ist. Der niedrigschwellige Zugang sollte erhalten bleiben. Zudem bringt sie die Sorge ein, dass sich die Familien unter anderen Voraussetzungen auf die Maßnahme eingelassen haben. Eine nun anstehende Antragstellung kann zu Abbrüchen der Maßnahmen führen.

Rolf Diener ergänzt, dass es sich um eine hochintensive Maßnahme im Rahmen der Hilfen zur Erziehung handelt, die im Einklang mit allen Beteiligten geplant werden muss. Das bedeutet, dass ein gesetzeskonformes Hilfeplanverfahren durchgeführt werden muss und die Ziele der Maßnahme gemeinsam mit den Eltern formuliert werden müssen. Es bestehe die Aufgabe, gemeinsam mit den Trägern auf die Familien hinzuwirken, das Angebot weiter zu nutzen. Das jetzt konzipierte Verfahren für das kommende Jahr ist so beschrieben, dass der Ort der Gespräche für die Eltern erhalten bleibt und die weiteren Hilfeplangespräche im bekannten Ort, der Schule, durchgeführt werden können, um somit die Niedrigschwelligkeit zu fördern.

Gerd Ziegler bringt die Frage ein, ob ausgeschlossen werden kann, dass die Qualifikationen des Personal abgesunken werden können.

Rolf Diener weist darauf hin, dass Bedarfe vorab geprüft werden müssen, um anschließend die Konzeptionen und auch Qualifikationen entsprechend bestimmen zu können.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Hetav Tek, Rolf Diener, Sandra Harjes, Christina Kastens, Imke Sonnenberg, Carsten Dohrmann, Thomas Jablonski, Gerd Ziegler

## Tagesordnungspunkt 7

<b>Berichte der Verwaltung</b>
-

## Tagesordnungspunkt 8

<b>Verschiedenes</b>
<p>Bremische Kinder und Jugendstiftung – Wahl Stiftungsrat Christiane Schrader führt in diesen Punkt ein und betont, dass es ihr ein außerordentliches Anliegen ist, den Stiftungsrat besetzt zu wissen. Dieser sollte bereits in der konstituierenden Sitzung beschlossen worden sein. Das weitere Verfahren zur Wahl der Mitglieder ist, dass diese vom Jugendhilfeausschuss entschieden und der Vorschlag in der nächsten Instanz in der Sozialdeputation behandelt wird. Der Vorschlag zur Wahl der Mitglieder für den Stiftungsrat lautet:</p> <p>Sahhanim Görgü-Philipp Hetav Tek Selin Arpaz</p> <p>Zustimmung: 9 Gegenstimmen: 0 Enthaltungen: 1</p> <p>Dem Vorschlag wird zugestimmt.</p> <p>Christiane Schrader wird eine Tischvorlage für die Sozialdeputation erstellen, welche dem Protokoll beigefügt wird.</p> <p>Nikolai Goldschmidt wünscht für die nächste Wahl die Erstellung einer Vorlage.</p>

Für das Protokoll:  
Weiß/Marx

Anlagen:

zu TOP 2: Stellungnahme „Die Gesellschafter der Jugendbildungsstätte LidiceHaus und des ServiceBureaus Jugendinformation schlagen Alarm!“

zu TOP 3: Überarbeitetes Protokoll vom 08.03.2024

---

Bremen, 05. Februar 2024

### Stellungnahme

#### Die Gesellschafter der Jugendbildungsstätte LidiceHaus und des ServiceBureaus Jugendinformation schlagen Alarm!

Sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Schilling,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte,

unter dem Brennglas der Corona-Pandemie wurden von Gesellschaft, Verbänden, Wissenschaft und den politisch Verantwortlichen Plädoyers für eine starke Kinder- und Jugendpolitik formuliert. Diese müssen nun ihre konsequente Umsetzung in der Förderpolitik und in den Zuwendungen finden. Diese Umsetzung benötigt eine gute fachliche und in den Haushaltsberatungen sowie in der haushaltslosen Zeit auch ausreichende monetäre Hinterlegung. Nur so kann eine den Aufgaben angemessen ausgestattete Ausführung des Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetzes geleistet werden. Vor diesem Hintergrund haben der Landesjugendhilfeausschuss und der Jugendhilfeausschuss Beschlüsse gefasst. Sie haben damit die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration und den Haushaltsgesetzgeber darauf hingewiesen, dass eine Erhöhung der Haushaltsmittel für die außerschulische Jugendbildung um 20 Prozent ab Januar 2024 zwingend erforderlich ist (siehe Beschlüsse des JHA vom 08.11.2023 und des LJHA vom 23.11.2023).

Die aktuellen Haushaltsplanungen und eine haushaltslose Zeit in der ersten Jahreshälfte 2024 in Bremen bedeuten für das LidiceHaus, das ServiceBureau und den Gesellschafter Bremer Jugendring erhebliche Angebotskürzungen und Personaleinsparungen. Bei der Fortschreibung von Zuwendungen auf dem Niveau von 2023 sind die Kosten- und Tarifsteigerungen nicht zu kompensieren. Bisher wurde uns keine Perspektive oder Lösung eröffnet. Die politischen Debatten drehen sich im Kreis. Bei uns ist der Eindruck entstanden, dass nicht an einer Lösung (oder Zwischenlösung) gearbeitet wird.

Wie fließen die o.g. Beschlüsse der Jugendhilfeausschüsse in den Haushaltsdiskurs ein?  
Oder spielen diese Beschlüsse politisch keine Rolle?

Nicht erst in einem halben Jahr, wir sind jetzt gezwungen, Angebote und Serviceleistungen einzuschränken und zu streichen. Alle Arbeitsfelder sind betroffen: politische Bildung, Demokratieförderung, Jugendleitercard, Medienpädagogik und internationale Jugendbegegnungsarbeit. Wenn von Ihnen nicht umgehend die Bedeutung der Kinder- und Jugendförderung und damit der außerschulischen Jugendbildung monetär hinterlegt wird, müssen wir Mitarbeiter\*innen jetzt kündigen oder Kurzarbeit beantragen. Auf dem Rücken von teilhabe- und verantwortungsbewussten Kindern und Jugendlichen werden gesellschaftliche Krisen weiter verstärkt, statt ihnen zu begegnen. Auf dem Rücken der Freien Träger der Jugendhilfe und den Mitarbeiter\*innen werden die Folgen der fehlenden Finanzierung abgeladen.

Sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Schilling,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte,

unsere Mitarbeiter\*innen müssen wir jetzt über die Lage und Konsequenzen informieren. Deshalb brauchen wir zeitnah kurzfristige Lösungsangebote für die haushaltslose Zeit in Bremen. Und wir brauchen eine langfristige Lösung für die Kompensation der Tarifsteigerungen sowie der gestiegenen Lebensmittel- und Energiekosten. Wir freuen uns auf Ihre Antwort und ein Gesprächsangebot ihrerseits.

Mit freundlichen Grüßen,

Für die Gesellschafter

Peter Krams (Deutsche Rote Kreuz (DRK), Kreisverband Bremen e.V.)

Sarah Ryglewski (Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Bremen e.V.)

Thomas Kaessler (Landessportbund (LSB) Bremen e.V.)

Klaus Krancke und Anders Beckmann  
(Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Regionalgruppe Bremen und umzu)

Nikolai Goldschmidt (Bremer Jugendring e.V.)

# Protokoll des JHA vom 08.03.2024

**Zeit: 14:30 – 16:54 Uhr**

08.03.2024

**Vorsitz:** Frau Görgü-Philipp

**Protokoll:** Frau Weiß/ Frau Marx

Stimmberechtigte Teilnehmer/-innen

<b>Mitglied</b>		<b>Stellv. Mitglied</b>	
Tek, Hetav	<input checked="" type="checkbox"/>	Kaya, Yunas	<input type="checkbox"/>
Zeimke, Simon	<input checked="" type="checkbox"/>	Averwenser, Yvonne	<input type="checkbox"/>
Tunc, Eyfer	<input checked="" type="checkbox"/>	Eckardt, Kerstin	<input type="checkbox"/>
Arpaz, Selin	<input checked="" type="checkbox"/>	Bries, Falko	<input type="checkbox"/>
Kähler, Katharina	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Kretschmann, Heike	<input checked="" type="checkbox"/>	Yildiz, Medine	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. Tell, Franziska	<input type="checkbox"/>
Hassanpour, Dariush	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuncel, Cindi	<input type="checkbox"/>
Ziegler, Gerd	<input type="checkbox"/>	Dahnken, Sara	<input checked="" type="checkbox"/>
Krümpfer, Larissa	<input type="checkbox"/>	Kastens, Christina	<input checked="" type="checkbox"/>
Harjes, Sandra	<input checked="" type="checkbox"/>	Witte, Gabriele	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	<input type="checkbox"/>	Merkel, Monica	<input checked="" type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input checked="" type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Himmelskamp, Laura	<input checked="" type="checkbox"/>	Geupel, Gesine	<input type="checkbox"/>

### **TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird durch Rolf Diener unter Berichte der Verwaltung um das Thema „aktueller Sachstand zur Inobhutnahme“ ergänzt.

Frau Görgü-Philipp übernimmt in Vertretung für Frau Krümpfer den heutigen Vorsitz.

### **TOP 02: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles**

-

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

### **TOP 03: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.02.2024.**

Das Protokoll der Sitzung vom 07.02.2024 wird genehmigt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 07.02.2024 wird genehmigt.

Zustimmung: 14

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

### **TOP 04: Nachbenennung eines Mitgliedes der AG nach §78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung**

Nachbenennung: Frau Zara Cemile Tolan (Petri & Eichen) wird als weiteres Mitglied benannt.

Teilnehmer/ innen der Diskussion:

-

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Nachbenennung zur Kenntnis.

### **TOP 05: Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen „Initiative für Kinder, Jugendliche und Familien GmbH“**

Rolf Diener führt in die Vorlage ein. Uwe Lüke und Sven Bechtolf stellen den Träger kurz vor.

Aufgrund einer Nachfrage wird erläutert, dass der Träger eine GmbH ist, die als gemeinnützig anerkannt ist.

Des Weiteren berichtet Sven Bechtolf von der Gründungszeit und den bereits 2006 gegründeten Verein aus dem sich diese GmbH als Tochtergesellschaft gegründet hat. Spezialisiert hat sich der Träger zu Beginn vor allem auf besonders schwierige Einzelfallarbeit im Bereich der psychischen Erkrankungen.

Auf Bitte berichtet Nicole Weiß über die Zusammenarbeit mit dem Träger. Aus Sicht des Amtes für Soziale Dienste besteht seit 2006 eine sehr gute Zusammenarbeit.

Insbesondere in der oben genannten Zielgruppe gab es zu Beginn vor allem eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Hilfen zur Erziehung im Rahmen der Intensiven sozialpädagogischen Einzelfallarbeit oder im Rahmen des Betreuten Jugendwohnens. Weiter ist der Träger auch im vollstationären Bereich eingestiegen z.B. mit der Einrichtung Port-Nord, für die es auch im letzten Jahr eine Evaluation gab. Die Einrichtung ist ein Träger-zusammenschluss und aus dem Kooperationspool heraus entstanden. Der Kooperationspool dient der Planung, Sicherstellung und Optimierung der Hilfestellung für Junge Menschen in komplexen Lebenslagen, die mit bestehenden Jugendhilfeangeboten noch nicht hinreichend erreicht werden konnten, sowie der Planung von Übergängen zwischen den Systemen (Jugendhilfe -Kinder- und Jugendpsychiatrie - Jugendstrafvollzug/U-Haft). In diesem Themenfeld ist der Träger ein wichtiger und verlässlicher Partner für das Amt für Soziale Dienste.

Hetav Tek wünscht sich für zukünftige Anerkennungen die Einreichung aller Unterlagen, sowie die Option eines Nicht-Öffentlichen Teils der Sitzung um beraten zu können. Zudem äußert Frau Tek den Wunsch bei Bedarf die Anerkennung bei der darauffolgenden Sitzung abzustimmen.

Katharina Kähler ergänzt, dass die Koalition mit dem aktuellen Verfahren vollumfänglich zufrieden und keinen Bedarf an einer Veränderung sieht.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Imke Sonnenberg, Hetav Tek, Uwe Lücke, Sven Bechtolf, Nicole Weiß, Rolf Diener, Katharina Kähler, Sara Dahnken, Christiane Schrader

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen beschließt, die „Initiative für Kinder, Jugendliche und Familien GmbH“ als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen anzuerkennen.

Zustimmung: 11

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 3

**TOP 06: Verwaltungsanweisung zu § 42 Abs.1 SGB VIII**

Rolf Diener führt in die Vorlage ein.

Auf Nachfrage erläutert Rolf Diener, dass diese Verwaltungsanweisung das grundsätzliche Vorgehen bei umA-Rückkehrern regelt. Diese Fallkonstellation wird nicht in der monatlichen Statistik aufgeführt, da sich diese Personengruppe in der Regel nur wenige Tage in Bremen aufhält.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Hetav Tek, Rolf Diener

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Verwaltungsanweisung zur Kenntnis.

### **TOP 07: Einberufung der UAG des Jugendhilfeausschusses zur Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**

Felix Seidel führt in die Vorlage ein.

Es wird im Zuge der Debatte auf die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses verwiesen sowie auf die zugehörige Debatte aus der Januarsitzung. Der Beschlusstext vom 19.01.2024 bezüglich der Findung der Vertreter:innen der Freien Träger lautet:

„Diese UAG soll dabei aus

[...]

und vier Vertreter:innen

- der Freien Träger die im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit tätig sind (zu bestimmen durch die Freien Träger in der AG n. § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung),  
bestehen.“

Im Laufe der Debatte wird offensichtlich, dass unterschiedliche Erinnerungen zu vorangegangenen Absprachen bezüglich der zahlenmäßigen Beteiligung der LAG bestehen. Der Diskussionsstand aus der AG n. § 78 Kinder- und Jugendförderung wird hierzu ebenfalls unterschiedlich wiedergegeben.

Sabine Toben-Bergmann berichtet aus der Debatte der AG gem. §78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung und ihren Beweggründen sich für die Teilnahme zu melden. Sie sei seit langer Zeit aktiv in diesem Arbeitsfeld tätig und auch im „Bündnis 30 Prozent“ aktiv. Das Thema wird alle in der nächsten Zeit noch intensiver und länger beschäftigen und es ist für die Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes unabdingbar in diesem Gremium eine breite Fachlichkeit abzubilden. Jedoch sollte ihre Meldung zur Teilnahme der UAG nicht zu Zerwürfnissen führen.

Auf Antrag wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Sara Dahnken berichtet von einer Einigung seitens der Träger und schlägt eine Veränderung des Beschlussvorschlags vor, über den am Ende der Debatte wie untenstehend abgestimmt wird.

Aus Sicht der Verwaltung wird noch einmal deutlich gemacht, dass der Beschluss und die Debatte des Jugendhilfeausschusses von Januar keine Aufteilung der 4 Sitze vorgesehen

hat und die Entscheidung in der AG gem. §78 SGB VIII gefällt werden sollte. Grundsätzlich gibt es kein Misstrauen gegenüber den organisierten Trägern, jedoch gibt die Verwaltung zu bedenken, dass auch die nicht verbandlichen Träger einen großen und wichtigen Beitrag in der Kinder- und Jugendhilfe Bremen leisten.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Sara Dahnken, Sabine Toben-Bergmann, Felix Seidel, Sandra Harjes, Selin Arpaz, Rolf Diener, Nicole Weiß, Katharina Kähler,

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss besetzt die UAG Finanzierungssystematik mit folgenden Personen:
  - Edith Wangenheim und Ralph Draeger für die Beiräte,
  - Hetav Tek und Selin Arpaz für die politischen Vertreter:innen im Jugendhilfeausschuss,
  - Nicole Weiß und Petra Putzer für das Amt für Soziale Dienste und
  - David Gade und Christiane Schrader für die Abteilung 2 der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration.
  - Nicolai Goldschmidt, Hans Ulrich Barde, Larissa Krümpfer, Faro Tuncel für die Freien Träger
2. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die folgenden Stellvertretungen zur Kenntnis:
  - Johannes Osterkamp und Brigitte Grziwa-Pohlmann für die Beiräte;
  - Linus Edwards und Sabine Toben-Bergmann für die Vertreter:innen der Freien Träger
3. Die Moderation der UAG wird durch Felix Seidel, Abteilung 2 der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, sichergestellt.

Zustimmung: 14

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 08: Aufstellung der Haushalte 2024/25**

-

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Beschluss der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vom 08.02.2024 zur Kenntnis.

## **TOP 09: „Änderung des Beiträge-Ortsgesetzes“**

Thomas Jablonski führt in die Vorlage ein.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

### Beschluss:

Die Jugendhilfeausschuss nimmt den Entwurf zur Kenntnis und stimmt der Änderung des Orts-gesetzes über die Beiträge für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen zu.

Zustimmung: 14

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 10: Berichte der Verwaltung**

### ❖ Sachstand der Handlungsempfehlungen des Jugendberichts der 20. Legislatur

Felix Seidel führt ein.

Das Gremium bedankt sich für die schnelle Berichterstattung.

Sara Dahnken regt für die nächste Berichterstattung an, sich auch darüber auszutauschen, wie die Stadtteilkonzepte gelebt und umgesetzt werden. Bezogen auf die Querschnittsaufgaben bittet sie darum, hier auch weiterhin zu berichten, da die Verantwortung unabhängig weiterer Ressortzuständigkeiten auch bei SASJI liegt.

Hetav Tek bittet um Darstellung der Erkenntnisse und daraus ergebenden nächsten Handlungsschritte z.B. bezüglich der Öffnungszeitprüfung in den nächsten Berichterstattungen.

Auf Nachfrage erläutert der öffentliche Träger, dass es das Ziel der Qualitätsdialoge ist im dialogischen Austausch über die Bedarfe, Angebote und deren Qualität zu sein. Hierbei stehen aber nicht die Finanzierungsthemen im Vordergrund. Die Dialoge umfassen inhaltlich die Angebote auf der jeweiligen Einrichtungsebene unter Bezugnahme der Schwerpunktsetzungen und Bedarfe des Stadtteils. Doppelstrukturen bezüglich der Dokumentation der Ergebnisse von Qualitätsdialogen und Stadtteilkonzepten sind bekannt, mittelfristig soll es hier zu einer Zusammenführung kommen, die bereits im Rahmen der Steuerungsgruppe besprochen wurde.

Sara Dahnken und Ulrich Barde bestätigen, dass der Austausch auf Ebene der Qualitätsdialoge grundsätzlich ein sehr guter und gewinnbringender ist, um sich außerhalb der Controllingausschüsse über die Angebotsstrukturen und Bedarfe dialogisch auszutauschen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Hetav Tek, Eyfer Tunc, Sara Dahnken, Rolf Diener, Ulrich Barde

### ❖ Ergebnispräsentation Stadtteilkonzepte 2023

Felix Seidel führt ein.

Er ergänzt auf Nachfrage, dass die eben dargestellte Präsentation nur die Schwerpunkte wiedergeben kann und nicht alle Nennungen. Christiane Schrader lädt alle ein sich gezielter den Stadtteilkonzepten zu widmen, um die unterschiedlichen Themen in Gänze zu erfassen. In diesem Rahmen verweist sie darauf, Themen nicht zu sehr in Bezug auf die Handlungsempfehlungen und die Stadtteilkonzepte zu vermischen.

Des Weiteren erläutert sie auf Nachfrage, dass für das Themenfeld psychische Gesundheit von jungen Menschen Angebote im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf Stadtteilebene bestehen, die Gesundheitsfachkräfte ihre Tätigkeit aufgenommen haben und auch die Jugendberufsagentur Beratungsangebote plant.

Auf Anregung von Ulrich Barde wird mitgenommen, dass eine erweiterte Auswertung von Themengleichungen aus dem Jugendbericht und den Stadtteilkonzepten (wie Sport und Bewegung, Digitalisierung) noch einmal detaillierter auf der AG gem. § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendförderung bewegt werden können.

### Aktueller Sachstand Inobhutnahme

Rolf Diener berichtet vom aktuellen Sachstand. Aktuell besteht ein hoher Bedarf an Inobhutnahmen, wobei im Wesentlichen die Zahl der Belegtage steigt, die Zahl der durchgeführten ION ist dagegen relativ konstant. Parallel sind in den letzten Jahren zwei Inobhutnahmeeinrichtungen geschlossen worden. Die Ursachen sind sehr komplex: Fachkräftemangel, fehlende Anschlussperspektiven und damit verbundene längere Verweildauern, herausfordernde Einzelfälle, weniger Ausweichmöglichkeiten im niedersächsischen Umland und die große Fluktuation im Arbeitsbereich, was Handlungssicherheit erschwert. Die Herausforderungen lassen sich bundesweit beobachten und Bremen steht noch vergleichsweise gut da.

Aktuell besteht ein sehr enger Planungsprozess in Zusammenarbeit mit allen Akteuren, um tragfähige Lösungen zu entwickeln und die fachliche Weiterentwicklung und Angebots- und Bedarfsplanung voran zu treiben.

Rolf Diener macht deutlich, dass die Presseberichterstattung in Teilen missverständlich war. Es sind keine Mitarbeitende des Jugendamtes aufgefordert worden, junge Menschen mit nach Hause zu nehmen („Frankfurter Modell“). Hier gibt es auch keine konkreten Planungen

Aktuell ist es eine sehr herausfordernde Situation, die nur in gemeinsamer Verantwortungsübernahme von öffentlichen und freien Trägern bewältigt werden kann.

Das Gremium bedankt sich für den aktuellen Bericht, da es insbesondere auch aufgrund der Presseberichterstattungen viele Irritationen gab.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Hetav Tek, Sara Dahnken, Rolf Diener, Sandra Harjes

### **TOP 11: Verschiedenes**

Sandra Harjes fragt nach, ob Zahl der Anwendung von unmittelbarem Zwang bei der Umverteilung zugenommen hat. Rolf Diener verweist bzgl. aktueller Zahlen auf eine erst kürzlich stattgefundene Berichterstattung in der Deputation am 01.11.2023 (Link: [Sitzungster-](#)

[min - Bremische Bürgerschaft \(bremische-buergerschaft.de\)](http://bremische-buergerschaft.de)). Es musste nur in einer sehr geringen Anzahl der Fälle Zwang angedroht und die Anwesenheit der Polizei in noch weniger Fällen eingefordert werden. Die Anwesenheit der Polizei hat dann ausgereicht, um die Umverteilung umzusetzen, so dass kein unmittelbarer Zwang angewendet werden musste. Anlässlich entsprechender Äußerungen von Mitgliedern des JHA weist Herr Diener wertende Äußerungen („Beugung des Willens der jungen Menschen“) zurück und verweist auf das bundesgesetzlich gerahmte Verfahren, dass in Bremen unter strenger Wahrung des Kindeswohls umgesetzt wird. Rolf Diener appelliert an die gemeinsame Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe in Bremen auch vor dem Hintergrund, dass schon jetzt die vorhandene Zahl der zu begleitenden umA das Kinder- und Jugendhilfesystem an seine Grenzen bringt.

Hetav Tek bittet darum, dass wir grundsätzlich im Gremium darauf achten, bei der Nutzung von Abkürzungen die Erläuterungen dazu zu geben.

Ulrich Barde weist auf die nicht planbaren Kontingente für Kinder- und Jugendliche in den Bremer Bädern hin und regt an, die Geschäftsführung der Bremer Bäder einzuladen, um die öffentlichen Angebote der Bäder für Kinder, Jugendliche und Familien planbarer zu gestalten.

Sahhanim Görgü-Philipp verabschiedet Sara Dahnken aus dem Gremium und bedankt sich für die engagierte Zusammenarbeit.

Anhänge:

zu TOP 7: Tischvorlage „Einberufung der UAG des Jugendhilfeausschusses zur Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“

zu TOP 10: Auswertung Stadtteilkonzept 2023

zu TOP 10: Stand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen – Jugendbericht 2022

für das Protokoll:

Weiß / Marx